

# Sand im Getriebe 17

Sonderausgabe zu den Anti-Kriegs-Demonstrationen am 15.2.2003:

**E. Altvater**

**M. Chossudovsky**

**A.Roy**

**C.Serfati**

4 Texte zum Thema

# Globalisierung und Krieg

In Vorbereitung der Demonstrationen gegen den drohenden Irak-Krieg haben wir 4 Beiträge zum Verständnis der Hintergründe dieses und der kommenden Kriege zusammen gestellt. **Elmar Altvater** untersucht rationale und irrationale Begründungsversuche. Bisher wurde relativ selten beachtet, dass es auch um die **Währungsbeziehungen** zwischen dem **US-Dollar** und dem **Euro** geht – ein Zusammenhang, der langfristig von großer Bedeutung ist. *"Es geht um die Herrschaft über die bekannten **Reserven** und um Zugang zu vermuteten Ölfeldern, und es geht um die Fähigkeit, den **Ölpreis** zu beeinflussen und die **Währung**, in der er fakturiert wird."* **Michel Chossudovsky** betont den weiten **Zeithorizont** der hegemonialen Strategie der US-Regierung. Auch in seiner Analyse spielt die **Dominanz des US-Dollars** eine wichtige Rolle. **Arundhati Roy** zeigt in ihrer umjubelten Rede auf dem WSF in Port Alegre die Grenzen des „Empire“ auf. *„Wir haben es nicht geschafft, das ‘Empire’ zu stoppen - noch nicht - aber wir haben es bloßgestellt. Wir haben es gezwungen, seine Maske fallen zu lassen“.* Und trotz der dunklen Wolken, die sich über uns zusammen ziehen, schließt sie mit den Worten *„Vergessen Sie niemals: Wir sind viele, die nur wenige. Ihre Abhängigkeit von uns ist größer als umgekehrt. Die ‘Andere Welt’ - sie ist nicht nur möglich, sondern schon unterwegs zu uns. An stillen Tagen höre ich sie bereits atmen.“* **Claude Serfati** untersucht materialreich den Zusammenhang zwischen dem Aufschäumen der Finanzmärkte und der strukturellen Krise der Weltwirtschaft. *„Seit dem 11. September 2001 ist es Ziel der Bush-Administration, die Rolle der USA als „ultimativer Weltpolizist“ um die des „präventiven Angreifers“ zu erweitern“*

Wir wissen nicht, ob dieser Krieg gegen den Irak noch zu stoppen ist. Wenn nicht, dann heißt es - für diesen und die kommenden Kriege - SAND INS GETRIEBE!

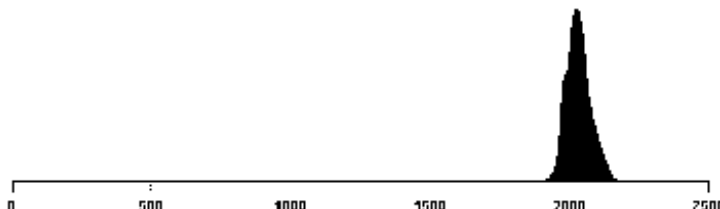
*Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes*

	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
Elmar Altvater	<b>Die Währung des schwarzen Goldes</b> Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt	2
Michel Chossudovsky	<b>Die Sicherung der Hegemonie.</b> Erst Irak, dann Iran	5
Arundhati Roy	<b>Das Empire konfrontieren</b> Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2003	7
Claude Serfati,	<b>Der „Krieg ohne Grenzen“ im Zeitalter der Globalisierung</b>	9

# Die Währung des schwarzen Goldes

Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt

Das Erdölzeitalter im Zeitfenster von 2500 Jahren



Es gibt nur zwei **rationale** Begründungen für einen Krieg gegen den Irak

Die eine unterstellt eine **Bedrohung** des Weltfriedens, der „westlichen Werte“, der Sicherheit der USA durch den Irak unter Saddam Hussein.

Die andere verweist auf den Willen zur Herrschaft über **Ölressourcen, Ölpreis und die Währung**, in der der Ölpreis auf der Ölrechnung erscheint: in Dollar oder in Euro.

Es sind aber auch **Irrationalität** und **Ideologie** im Spiel. Denn Präsident G.W. Bush denke wie ein „christlicher Ayatollah“ fundamentalistisch; er sei davon besessen, das „unvollendete“ Werk seines Vaters im Golfkrieg von 1991 zum siegreichen Ende zu bringen; oder konservative Hardliner hätten im Machtspiel der US-Eliten Oberhand gewonnen. Vermutet wird auch, dass sich Blair und Aznar mit den Postfaschisten Italiens und den gewendeten Ex-Kommunisten Osteuropas im „neuen“ Europa gegen die „alten“ Europäer opportunistisch in den Vordergrund spielen wollen und dass Bush sie dabei unterstütze, um Europa zu spalten. Gehen wir getrost davon aus, dass moderne Bürokratien Irrationalitäten nur insoweit zum Zuge kommen lassen, wie sie den rationalen Begründungen und den dahinter stehenden Interessen nicht zuwiderlaufen.

Die Unterstellung, dass der Irak die Welt mit **Massenvernichtungswaffen** bedrohe, ist zwar rational, aber völlig unglaubwürdig. US-Amerikaner und Briten kontrollieren seit mehr als einem Jahrzehnt mit ihren seit 1991 bislang mehr als 240.000 (pro Tag also fast 70) Einsätzen im Luftraum des Irak jeden Quadratzentimeter. Satelliten liefern zusätzliche Bilder des irakischen Territoriums, und Telefongespräche werden flächendeckend abgehört; Powell hat dies im Sicherheitsrat der UNO am 4.2.03 bestätigt. Das militärische Potential des Irak ist durch die Inspektionen bis 1998 abgerüstet oder veraltet. Ein ausgepowertes, verarmtes und infolge des zehnjährigen Embargos lethargisches Volk von 26 Millionen Menschen gegen den Rest der Welt, angeführt von der hoch gerüsteten US-Army und ihrer Air Force? Irgendwie grenzt die Mär von der irakischen Bedrohung ans Lächerliche. Das wissen auch die Strategen des Weißen Hauses. Condoleeza Rice hat die irakischen Waffen der Massenvernichtung als „unusable“ bezeichnet, „weil jeder Versuch sie zu nutzen, unweigerlich die nationale Selbstvernichtung nach sich ziehen“ würde. Und die New York Times fragt denn auch nach dem Zitat aus dem

Artikel von Condoleeza Rice: „If Iraq’s chemical, biological and nuclear arsenal is ‚unusable‘... why do the president and Ms. Rice favor war?“ (John J Mearsheimer and Stephen M. Walt, Keeping Saddam Hussein in a Box, in: NYT 1./ 2. 2.03)

Die USA würden die von Bush und den anderen „Falken“ angedrohte gewaltsame „Abrüstung“ des Irak auch allein schaffen. Denn der Irak ist schwach. Sie wissen aber, dass sie mit ihrer Aggression das Völkerrecht, die UN-Charta, die Menschenrechte verletzen. Also wird das „neue Europa“ ins Boot geholt, denn so sind es viele Regierungen, die sich des Rechtsbruchs schuldig machen und, wie geflissentliche Advokaten kund tun, auf diese infame Weise „neues Völkerrecht“ schöpfen.. **Der Rechtsbruch im Kollektiv verschafft Erleichterung, Legitimation – und Belohnung.** Präsident Bush hat mit Blick auf Russland zum Ausdruck gebracht, dass er „Russlands Interessen da unten verstanden habe“... „And of course those interests will be honoured“ (International Herald Tribune, November 23-24, 2002, p 4). Der republikanische Senator Richard Lugar „ließ... durch einen Sprecher mitteilen, Frankreich und Russland müssten sich an einem Angriff auf den Irak beteiligen, wenn sie von irakischem Öl profitieren wollten. Sie müssten sich sowohl an den militärischen Anstrengungen als auch an den Kosten beteiligen.. Nur dann könnten sie Zugang zu irakischem Öl bekommen“ (NZZ, 24. 1. 03, S. 2). Und die **Türkei** darf Teile des Nordiraks besetzen, um einen Kurdenstaat zu verhindern und die Hand nach Mosul und Kirkuk, wo die nordirakischen Ölfelder liegen, auszustrecken. Kann man diese Politik anders denn als Erpressung und Bestechung bezeichnen?

Das Fell des Bären wird schamlos wie in einer Räuberbande verteilt, bevor der Bär erlegt worden ist. Es geht also um das schwarze Gold, um Öl, doch ist die Strategie so simpel, die irakischen Ölfelder zu besetzen, unter den Interessenten aufzuteilen und leer zu pumpen?

Wohl kaum. Denn dann würde es wahrscheinlich lange dauern, bis die **Kosten des Krieges**, die auf bis zu 1000 Mrd US\$ geschätzt werden, hereinkämen und die diversen Interessen der „Alliierten“ befriedigt werden könnten. Dann müssten bei einem unterstellten Preis pro Barrel Öl von 30 US\$ 33 Mrd Barrel verkauft werden, und dabei sind die Förder- und Transportkosten und der Profit noch gar nicht berücksichtigt. Bei unterstellten 112 Mrd Barrels Ölreserven im Irak betragen die Kriegskosten an die 30% der Reserven oder die

Weltproduktion von Erdöl (derzeit jährlich 22 Mrd Barrel) von eineinhalb Jahren – sofern der Krieg im Irak so günstig läuft, dass die Ölfelder intakt besetzt werden können.

Ein hoher Preis, zumal die indirekten Effekte eines Kriegs gar nicht kalkuliert werden können. Was ist mit den zivilen Opfern, sind das nur bedauernde „Kollateralschäden“ oder verschaffen die sich nicht vielleicht durch Sabotage auch im schnöde ökonomischen Machtkalkül Geltung? Wird also eine neue Generation von „Terroristen“ genährt, wie der Ex-Nato-Oberbefehlshaber Clark befürchtet?

Der Griff nach dem schwarzen Gold des Irak führt in eine schwarze Zukunft. Noch werden diese Fragen ausgeklammert, denn sie stellen die Rationalität des kriegerischen Zugriffs auf das Öl des nahen und mittleren Osten und Zentralasiens in Frage.

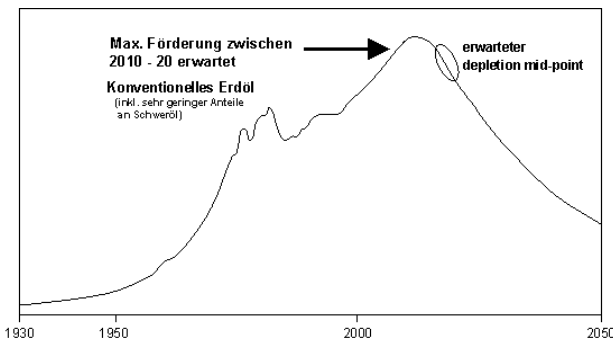


Abb. 7: Weltweite Erdölproduktion 1930 - 2050  
(nach UDALL and ANDREWS, 1999 und HILLER, 1999)

**Wer die Ölreserven beherrscht, hat viele Trümpfe in der Hand.** Die Rate der Erschöpfung bekannter Felder liegt seit den 90er Jahren höher als die Rate der neu gefundenen und erschlossenen Felder. Die Ausbeutung beträgt derzeit ca. 22 Mrd Barrels pro Jahr, es werden aber nur im Durchschnitt 6 Mrd Barrel pro Jahr neu gefunden. **Der Höhepunkt der globalen Ölproduktion ist also überschritten;** die schönen Zeiten, in denen die Funde neuer Lagerstätten größer waren als die Ausbeute, sind vorüber – und sie kommen niemals wieder, wie Geologen bestätigen.

Die sprunghafte Steigerung der Öl-Reserven Mitte der 80er Jahre war nichts als ein Trick der Buchführung; kein Tropfen Öl wurde neu exploriert. Einige OPEC-Staaten setzten ihre Reserven nach oben, um auf diese Weise ihre Förderquoten innerhalb des Kartells zu steigern. Der Irak begann 1983 (und setzte seine geschätzten Reserven von unter 30 Mrd Barrel (Gb) auf 41 Gb herauf), um den von den Westmächten geduldeten und sogar unterstützten Krieg gegen den Iran zu finanzieren. Venezuela und Kuwait, Abu Dhabi und schließlich Saudi Arabien folgten. Neue Felder von Bedeutung sind in den vergangenen Jahren nur am östlichen Ufer des Kaspischen Meeres gefunden worden. Man rechnet derzeit mit Reserven von ca 15 bis 20 Mrd Barrel.

Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan bot den USA die Gelegenheit, militärisch auch in den zentralasiatischen Ländern Fuß zu fassen, nahe an den neuen Ölquellen und in jenen Ländern, durch die die Pipelines verlaufen werden, wenn sie denn erst gebaut sind. Außerdem wird geopolitisch Zentralasien aus dem Einflussbereich Russlands und Chinas, aber auch Indiens herausgehalten. Die westeuropäischen Verbündeten der USA dürfen in Afghanistan für Frieden sorgen, die Stützpunkte in Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan oder Turkmenistan halten die USA allein. Es ist, als ob das Sasanidenreich, das sich vor 1500 Jahren vom Zweistromland

bis zum Hindukusch dehnte, unter transatlantischer Führung von Washington aus gelenkt, neu erstehen sollte.

Gerade angesichts steigender Nachfrage nach dem schwarzen Stoff, da ja China, Indien und andere Länder bei der Industrialisierung nachziehen wollen – und müssen, wenn sie das Regelwerk der WTO respektieren - ist die Herrschaft über Ölproduktion und Ölmarkt entscheidend. Wer meint, bei der Versorgung mit diesem Treibstoff der Industriegesellschaften würden Marktgesetze mit „unsichtbarer Hand“ wirken, ist blind für die sehr sichtbare Hand der politischen und militärischen Macht. Es geht um die Herrschaft über die bekannten **Reserven** und um Zugang zu vermuteten Ölfeldern, und es geht um die Fähigkeit, den **Ölpreis** zu beeinflussen und die **Währung**, in der er fakturiert wird. Der Irak ist deshalb interessant, weil er über 11% der globalen Reserven, noch dazu von hoher Qualität verfügt. Die Felder am Kaspischen Meer dürften etwa 1,5 bis 2% der globalen Reserven betragen; der Zugang ist den USA gesichert. Von weiteren, noch wenig oder noch nicht ausgebeuteten Reserven weiß man die ungefähre Lage: Reserven sind noch an der brasilianischen Atlantikküste, im Atlantik vor Westafrika, im Gürtel von Mauretanien bis zum Sudan, in Grönland zu vermuten – allerdings längst nicht in der Größenordnung wie die Funde der vergangenen Jahrzehnte. Der Höhepunkt der Ölförderung ist überschritten. **Jetzt finden die Kämpfe um die Verteilung der noch nicht verbrauchten Hälfte aller Ölressourcen statt.**

Nicht überall kommt es zum Krieg um das Öl. Die Öl-Diplomatie ist vorgeschaltet, und auch hier haben die USA die Nase vorn. Im Fall des west-saharanischen Öls ist der ehemalige US-Außenminister James Baker zum persönlichen Gesandten Kofi Annans bei der Schlichtung des Westsahara-Konflikts ernannt worden. Baker hat zusammen mit anderen Vertrauten der texanischen Ölindustrie alles daran gesetzt, **Marokko** die Landrechte zu geben, und nicht den Sahauris. So war es möglich, Abkommen zwischen Marokko, TotalElfAquitaine und der texanischen Ölfirma Kerr McGee auch gegen internationales Recht und die Ansprüche der Sahauris durchzusetzen (Wayne Madsen, Big Oil and James Baker Target the Western Sahara, in: allAfrica, 9.1.2003). Sollten sich die Sahauris dagegen zur Wehr setzen, können sie leicht als Terroristen deklariert werden, mit der Folge, dass Bankguthaben eingefroren und die Führer verfolgt und verhaftet werden können. So erweist sich der international geführte „Kampf gegen den Terrorismus“ als scharfe Waffe der Öl-Diplomatie.

Die Herrschaft über die alten und neu hinzu kommenden Reserven macht freilich nur Sinn, wenn auch die **Preisbildung** kontrolliert werden kann. Zunächst kann die OPEC vergessen werden, wenn das größte Öl-Verbrauchsland, die USA, am Preishebel sitzt und nicht mehr die Förderländer und ihr Kartell. Der Ölpreis wird sicherlich nicht nach ökologischen Kriterien gestaltet, um die Produktion und Konsumtion vom Öl unabhängiger zu machen und alternative Energien zu fördern. Der Preis des Öls kann nach oben geführt werden, um die Ausbeutung nicht-konventioneller Ölreserven, vom Ölsand und Ölschiefer bis zum Öl aus der Tiefsee und zu Gaskondensaten rentabel zu gestalten. Diese „**nicht-konventionellen**“ **fossilen Energieträger** sind ökologisch noch schädlicher als Förderung und Verbrauch des konventionellen Öls. Die „Kollateralschäden“ der Förderung an der Natur sind enorm und die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen ist sehr hoch. Ein hoher Ölpreis könnte auch Voraussetzung für die Rentabilität jener Fördergebiete sein, die hohe Transportkosten aufweisen (Pipelines vom kaspischen Meer und von Kasachstan zu Häfen am Golf, am Mittelmeer oder am indischen Ozean) und

hohe Kosten militärischer Sicherung der Transportwege verursachen. Nicht nur wegen der größeren Knappheit des Öls steigt der Preis, sondern auch aus geostrategischen Gründen. Für die USA wäre die Verteuerung des Öls nicht nur nachteilig. Denn teures Öl würde China und Japan und andere tatsächliche oder potentielle Konkurrenten der USA treffen. Auch das alte ebenso wie das neue Europa würden Nachteile haben, **so lange das Öl in US\$ fakturiert wird**. Die Kontrolle eines großen Teils des Angebots auf den globalen Ölmärkten durch die USA würde dafür sorgen, dass die Ölrechnungen auch in Zukunft in US\$ ausgestellt werden. Das möglicherweise ist ein entscheidendes Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht werden soll.

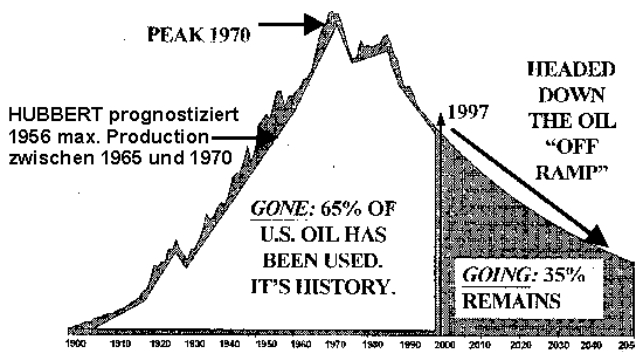


Abb. 6: U.S. Erdölproduktion 1900 to 2050  
(UBALL and ANDREWS, 1999)

Für die USA ist dies ein Märchen von 1000 und 1 Nacht. Denn sie würden den Lebenssaft ihrer Ökonomie fast umsonst bekommen. **Die Druckerei der Federal Reserve verwandelte sich in eine sprudelnde Ölquelle**. Dollar können in jeder gewünschten Menge „gedruckt“ werden, um das Öl zu importieren. Die goldenen Zeiten des „twin-deficits“, die der US-Mittelklasse einen Konsumrausch in den 90er Jahren bescherten, ließen sich auch gegen die Miesmacher von der OECD fortsetzen, die von den US-Bürgern eine höhere Sparquote als die derzeit 3% verlangen. **Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz, vor allem mit dem Euro**.

Allerdings kann diese Strategie einer **Inflationierung der Weltwirtschaft** auch schief gehen. Die großen **Ölfirmen** würden zwar mitspielen. Denn der „Shareholder-value“ hängt von den Reserven ab, die die Firmen angeben können. Da kommt es durchaus zu Pass, wenn Ansprüche an die seit 1972 verstaatlichten und nach einem Krieg reprivatisierten irakischen Ölreserven durchgesetzt werden könnten. Private Profite, Aktienkurse und damit auch die Gehälter der Manager können steigen. Auch ein Teil der **Rüstungsfirmen** würde gewinnen. Doch verlieren nahezu alle anderen: Industriezweige, die nicht im Öl- und Rüstungsgeschäft engagiert sind, die Konsumenten, der Finanzsektor. Und sollte der Krieg nicht schnell zu Ende gebracht werden können, sondern länger dauern, dann kann es auch zu einer **Flucht aus dem US\$** und mithin zu dessen Abwertung kommen.

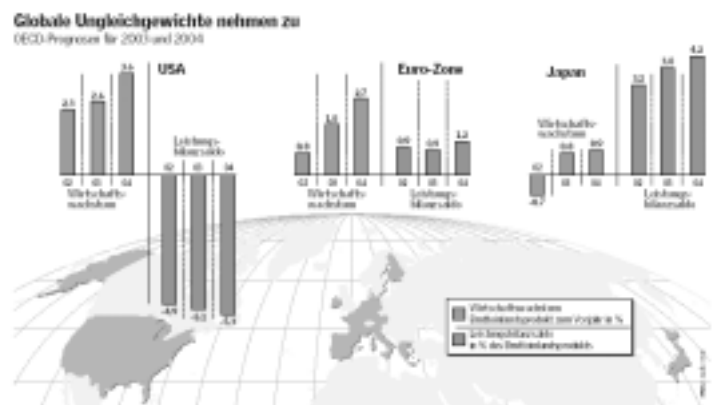
Das wäre der Super-Gau der Bush-Regierung. Das Öl würde nicht mehr in US\$, sondern beispielsweise in Euro fakturiert, oder der Preis würde wie 1973 abrupt steigen, sofern sich eine

Gelegenheit wie damals der israelisch-arabische Krieg bietet. Bei einem **Handelsbilanzdefizit der USA** von an die 550 Mrd US\$ (2002) würde die Finanzierung von notwendigen Ölimporten in Fremdwährung für die USA ein nahezu unlösbares Problem, denn die eigene Produktion ist um jährlich ca 300.000 Barrels rückläufig.

Der Auseinandersetzung um das Erdöl, um die Herrschaft über Reserven und Preisbildung, folgt die Auseinandersetzung um die Währung, in der das Öl fakturiert wird. **Die Währungskonkurrenz zwischen Dollar und Euro und Yen würde zum Währungskrieg eskalieren**. Der derzeitige Konflikt zwischen „altem“ und „neuem“ Europa wird sich zuspitzen, und zwar in der Frontstellung zwischen den Mitgliedern von Euroland und den anderen Europäern. Spanien und Italien müssten wohl die Fronten zum „alten Europa“ wechseln.

Da die Lücke zwischen Produktion und Verbrauch immer weiter klafft, wird der Ölpreis auch durch Marktmechanismen nach oben getrieben. Vielleicht wird es nochmals eine kurze Phase niedriger Ölpreise geben, wenn der Krieg kurz ist und die Förderung auf den irakischen Felder schnell hoch gefahren werden kann. Langfristig jedoch wird der Ölpreis unweigerlich steigen. Dabei stellt sich die Frage, in welcher Währung. Das ist ein Kern des Kriegs um das schwarze Gold. Und daher kommt es schon heute darauf an, nach alternativen Energien zu suchen, also die **solaren Energieträger** zu entwickeln, zumal diese nicht den Nachteil der fossilen Energieträger haben, dass sie das Klima aufheizen. Insofern ist die US-Politik **konsequent**. **Sie nehmen Zugriff auf die fossilen Energieressourcen, und sie weigern sich zugleich, die Emissionen von Kohlendioxid, wie im Kyoto-Protokoll vorgesehen, zu begrenzen**. Und sie sind bereit, einen Krieg anzuzetteln. Das schwarze Gold hat nur eine schwarze Zukunft. Eine europäische Politik gegen Krieg und ökologische Zerstörung müsste auf solare Energiequellen setzen und den Bürgern der USA, die die Irak-Politik der Bush-Regierung nicht zu tragen bereit sind, eine Alternative anbieten.

Vortrag auf einer Veranstaltung des Otto-Suhr-Instituts für Politische Wissenschaft der Freien Universität, 12.2.03 –



Grafik: Financial Times Deutschland 22.11.02

## WoZ-Interview mit Michel Chossudovsky

Michel Chossudovsky (60) ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Ottawa, Kanada. Er ist Herausgeber der Zeitschrift «Global Outlook». Auf Deutsch erschien 2002 sein Buch «Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg»



# Die Sicherung der Hegemonie.

## Erst Irak, dann Iran

*WoZ: Was müsste passieren, um den drohenden Irak-Krieg zu verhindern?*

Michel Chossudovsky: Zuerst müssen wir Ursachen und Konsequenzen eines Krieges verstehen. Dies ist ein **Eroberungskrieg, der gerade erst beginnt**. Die Regierung von George W. Bush hat deutlich gemacht: erst Irak, dann Iran. Es ist ein Krieg, der zur Militarisierung einer großen Region führen wird: von der Ostküste des Mittelmeeres bis zu Chinas Westgrenze. Und es ist nicht nur ein Krieg, der gegen den Irak oder den Iran gerichtet ist, sondern **auch gegen die Ölintereessen europäischer Staaten**. Da ist eine enorme Rivalität zwischen den Ölkonzernen, im Besonderen zwischen den angloamerikanischen Firmen BP, Chevron-Texaco, Exxon und europäischen Konzernen wie Total- Elf und der italienischen ENI. Da haben wir eine Auseinandersetzung zwischen dem Block USA-Grossbritannien und Frankreich-Deutschland. Dies betrifft nicht nur die Öl-, sondern auch die Rüstungsindustrie.

*WoZ: Muss wegen dieser Rivalität automatisch ein Krieg gegen den Irak geführt werden?*

Michel Chossudovsky: Zuerst müssen wir Ursachen und Konsequenzen eines Krieges verstehen. Es geht um die militärische Besetzung der Ölfelder.. Das ist das wichtigste Ziel. Die Europäer stehen vor der Frage, ob sie dabei mitmachen sollen, um im Nahen Osten eine militärische Präsenz – ähnlich wie in Jugoslawien – zu erlangen. Aber die starke Rivalität unter den Grossmächten erschwert ein gemeinsames militärisches Vorgehen zum jetzigen Zeitpunkt.

*WoZ: Muss wegen dieser Rivalität automatisch ein Krieg gegen den Irak geführt werden? Hat die Bush-Regierung noch andere ökonomische Interessen, Krieg zu führen?*

Michel Chossudovsky: Die US-Hegemonie über die **Währungssysteme** dürfte sich mit dem geplanten Eroberungskrieg weiter verstärken. Mit der Einführung des **Euro hat der Dollar Konkurrenz** bekommen. In einigen Staaten des früheren Ostblocks, also zum Beispiel in den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens, hat sich der Dollar durchgesetzt. In Osteuropa, Jugoslawien und in einigen Staaten der früheren Sowjetunion hat sich der Euro durchgesetzt.

*WoZ: Der Chef der US-amerikanischen Zentralbank, Alan Greenspan, warnt aber vor einem Irak-Krieg, weil er die Konjunktur weiter schwächen könnte..*

Michel Chossudovsky: Es gibt jede Menge Widersprüche, und wir leben in einer **sehr komplexen** Welt. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass das Ziel der militärischen und

strategischen Operationen der US-Regierung auch die **Destabilisierung anderer nationalstaatlicher Währungssysteme** ist, um so die US-Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

*WoZ: Wie stark ist die militärische und politische Verflechtung in den USA?*

Michel Chossudovsky: In den USA gibt es eine massive Umleitung öffentlicher Gelder zugunsten des Militärs. Ein Rüstungskonzern produziert nicht für den freien Markt, er verkauft an das Verteidigungsministerium. Ohne den staatlichen Käufer ist er tot. Die Beträge, die statt in die sozialen Dienste in die Rüstungsindustrie fließen, sind gigantisch: **Das US-Verteidigungsbudget ist um dreißig Prozent höher als das gesamte Bruttoinlandprodukt der russischen Föderation, in der mehr als 150 Millionen Menschen leben**. Die Rüstungskonzerne üben zusammen mit den Öl-, Finanz- und Pharmafirmen einen enormen Einfluss auf den Staat aus. Der militärische Apparat, Dienste wie die CIA oder die Ministerien sind personell stark mit den Interessen dieser Konzerne verbunden. In den Aufsichtsräten der Rüstungsindustrie sind ehemalige CIA-Direktoren anzutreffen, Generäle arbeiten für Erdölkonzerne.

*WoZ: Klingt das nicht ein wenig nach Verschwörungstheorie?*

Michel Chossudovsky: Die Verbindung ökonomischer und militärischer Interessen sowie die geheimdienstliche Beeinflussung der Öffentlichkeit sind sehr auffällig. Deswegen habe ich zuletzt meine wirtschaftliche Forschung auf die verdeckt stattfindenden Geheimdienstoperationen konzentriert, mit denen Kriege vorbereitet werden. Die Regierung Bush behauptet wider besseres Wissen den Krieg gegen Irak aus menschenrechtlichen Gründen führen zu wollen. Sie behauptet eine Verbindung zwischen der irakischen Führung und Usama Bin Ladens al-Kaida, was pure Propaganda ist. Keine Propaganda ist jedoch, dass die CIA aus Gründen des Antikommunismus einst an der Förderung von Mudschaheddin in Afghanistan mitgewirkt hat. Noch während der Präsidentschaft Bill Clintons hat die US-Regierung islamistische Gruppen mit Verbindungen zu al-Kaida unterstützt.

*WoZ: Das bezieht sich aber auf den Krieg gegen Jugoslawien und war vor dem 11. September?*

Michel Chossudovsky: Ja, das war in Bosnien, aber nach dem Kalten Krieg. Auf der anderen Seite haben wir den pakistanischen Geheimdienst ISI, der bis zum 11. September gute Verbindungen zum Taliban-Regime sowie zu US-amerikanischen Diensten unterhielt. Ich ziehe daraus keine endgültigen Schlussfolgerungen auf konkrete Taten, aber man kann in der politischen Diskussion unmöglich solche Fakten ausblenden.

Interview: Christoph Fleischmann, Stuttgart WoZ 6.2.2003  
**Michel Chossudovsky: Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. 12,75 EUR**  
**Das große Paket** mit jeweils 16 Bänden. Statt einzeln gekauft 204 EUR zusammen im Paket nur 160 EUR. Nr. 18437

Arundhati Roy

# Das Empire konfrontieren

Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre, ZNet 28.01.2003



Man hat mich gebeten, eine Rede zu halten zum Thema: "Wie das Empire (Imperium) konfrontieren?" Eine schwierige Frage, und ich habe keine einfache Antwort parat. Wenn wir darüber reden, das 'Empire' zu konfrontieren, müssen wir zunächst

klären, **was das überhaupt ist, 'Empire'**. Ist damit die US-Regierung (plus deren europäische Satelliten) gemeint oder die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die WTO oder die multinationalen Konzerne? Oder ist es mehr als das alles?

In vielen Ländern hat das Empire noch andere, **subsidiäre, Pilzköpfe** sprießen lassen - gefährliche Nebenprodukte - wie Nationalismus, religiöse Bigotterie, Faschismus u. natürlich den Terrorismus. **All diese Erscheinungen gehen Hand in Hand mit dem Projekt der Konzernglobalisierung.** Lassen Sie mich erläutern, was ich damit meine.

**Indien**, 'die größte Demokratie der Welt', steht derzeit an vorderster Front des Konzernglobalisierungs-Projekts. Dieser 1-Milliarde-Menschen-'Markt' wird momentan gerade von der WTO aufgestemmt. Konzerntätigkeit u. Privatisierung werden von unserer Regierung u. den indischen Eliten ausdrücklich begrüßt. Und es ist keineswegs Zufall, dass sowohl unser Premierminister als auch unser Innenminister u. unser Desinvestment-Minister, die damals den Deal mit Enron für Indien unterzeichneten, dass diese Leute, die die Infrastruktur unseres Landes an multinationale Konzerne verhökern - Wasser, Strom, Öl, Kohle, Stahl, Gesundheit, Bildung Telekommunikation - privatisieren wollen, dass sie alle Mitglieder bzw. Anhänger ein und derselben Partei sind: der RSS. Die RSS ist eine rechtsgerichtete, ultra-nationalistische Hindu-Gilde, die öffentlich ihre Bewunderung für Hitler und seine Methoden zum Ausdruck gebracht hat. Die Demontage unserer Demokratie vollzieht sich mit der Geschwindigkeit bzw. Effizienz eines Struktur Anpassungsprogramms. **Das Projekt Konzernglobalisierung fegt durch das Leben der indischen Menschen;** Privatisierung in großem Stil und Arbeits-'Reformen' vertreiben sie von ihrem Land bzw. nehmen ihnen die Jobs weg. Hunderte verarmte Bauern haben Selbstmord begangen, indem sie Pestizide schluckten. Überall aus dem ganzen Land treffen Berichte über Hungertote ein. Während sich unsere Eliten aufgemacht haben zu ihrem Traumparadies irgendwo an der Spitze der Welt, finden sich die Enteigneten in einer **Abwärtsspirale** von Kriminalität u. Chaos wieder.

Ein derartiges Klima der Frustration und der nationalen Desillusionierung - so lehrt uns die Geschichte -, ist bester **Nährboden für Faschismus.** Die beiden Arme unserer indischen Regierung haben den perfekten Zangengriff entwickelt. Während der eine Zangenarm emsig dabei ist, Indien häppchenweise zu verkaufen, sorgt der andere für das entsprechende Ablenkungsmanöver, indem er den laut bellend-heulenden Chorgesang des hinduistischen Nationalismus und religiösen Faschismus orchestriert. Sie führen Atomtests durch, sie schreiben die Geschichtsbücher um, brennen Kirchen nieder und zerstören Moscheen. Zensur, Überwachung - das alles wird

immer alltäglicher -, ebenso die Aufhebung bürgerlicher Rechte bzw. der Menschenrechte und die Anmaßung, zu definieren, wer Bürger Indiens ist und wer nicht (betrifft vor allem religiöse Minderheiten).

Letzten März fielen im indischen Bundesstaat Gujarat 2 000 Moslems einem staatlich subventionierten Program zum Opfer. Besonders schlimm erging es dabei den muslimischen Frauen. Man riss ihnen die Kleider vom Leib, massenvergewaltigte sie und verbrannte sie anschließend bei lebendigem Leibe. Brandstifter plünderten die Geschäfte und setzten sie in Brand, ebenso Wohnhäuser, Nähereien u. Moscheen. Mehr als 150 000 Muslims sind aus ihren Häusern vertrieben worden. Das wirtschaftliche Fundament der muslimischen Gemeinschaft ist völlig zerstört. Und während Gujarat brannte, war unser indischer Premier auf MTV u. promotete seine neueste Lyrik. Januar 2003 wurde ein- und dieselbe Regionalregierung, die diese Tötungen orchestriert hatte, erneut ins Amt gewählt - mit satter Mehrheit. Niemand wurde für den Genozid zur Verantwortung gezogen. Narendra Modi, Architekt dieses Programms und stolzes Mitglied der RSS, konnte seine zweite Amtszeit als Regierungschef von Gujarat antreten. Wäre Modi hingegen Saddam Hussein, CNN hätte selbstverständlich jede seiner Gräueltaten gesendet. Aber er ist nun mal nicht Saddam Hussein und der indische 'Markt' weit offen für globale Investoren, also sind diese Massaker noch nicht mal eine peinliche Verlegenheit. Insgesamt leben in Indien mehr als 100 Millionen Muslime. Eine Zeitbombe tickt in unserem uralten Land.

Ich sage das alles nur, um zu belegen: **der freie Markt reißt nationale Barrieren keineswegs nieder, das ist reiner Mythos. Der freie Markt gefährdet nationale Souveränität nicht - er unterminiert nur die Demokratie.** Die Schere zwischen Arm u. Reich geht immer weiter auseinander. Und je mehr das passiert, desto intensiver wird der Kampf um die Ressourcen. Dabei benötigt die Konzern-Globalisierung eine internationale Konföderation aus loyalen, korrupten, autoritären Regierungen in den ärmeren Ländern (die unpopuläre Reformen durchpeitschen und Aufstände niederschlagen), um so ihre 'Vettern-Deals' durchziehen zu können. Wobei die 'Vettern-Deals' der Konzern-Globalisierung darin bestehen, die Früchte, die wir anbauen, zu Konzerneigentum zu machen, ebenso das Wasser, das wir trinken und die Luft, die wir atmen, ja selbst die Träume, die wir träumen, eignen sie sich an. **Konzern-Globalisierung - ihr wirklicher Name lautet 'Imperialismus'** -, braucht aber noch mehr: eine Presse, die vorgibt, frei zu sein u. Gerichte, die vorgeben, Gerechtigkeit zu üben. Gleichzeitig machen die Länder des Nordens ihren Grenzen dicht und horten Waffen - Massenvernichtungswaffen. Schließlich wollen sie sicherstellen, dass lediglich Geld, Waren, Dienstleistungen u. Patente durch das Globalisierungsnetz schlüpfen. Dinge wie Reisefreiheit sollen hingegen nicht globalisiert werden, ebenso wenig Respekt vor den Menschenrechten oder internationale Verträge (z.B. hinsichtlich Rassendiskriminierung, chemischer Waffen und Atomwaffen, Verträge hinsichtlich der Gasemissionen, die zum Treibhauseffekt führen oder Verträge hinsichtlich Klimawandel) und schon gar nicht Gerechtigkeit - Gott bewahre!

Das also - dies alles - stellt 'Empire' dar: Die loyale Konföderation, die obszöne Anhäufung von Macht und die sich massiv vergrößernde Kluft zwischen denen, die entscheiden und denen, die die Entscheidungen zu ertragen haben. Diese Kluft zu schließen - das sollte unser Kampf, unser Ziel und unsere Vision für eine 'Andere Welt' sein.

Aber wie widerstehen wir dem 'Empire'?

Zuerst die gute Nachricht: wir schlagen uns gar nicht mal so übel. Wir haben bereits große Siege errungen - vor allem hier in Lateinamerika: In Bolivien ist es Cochabamba, in Peru der Aufstand in Arequipa, und in Venezuela hält Präsident Hugo Chavez weiterhin Stand - trotz aller Bemühungen der US-Regierung. Das Auge der Welt ist derzeit auf das argentinische Volk gerichtet, das versucht, sein Land aus den Trümmern der Zerstörung des IMF wieder aufzurichten. Aber auch in Indien gewinnt die Antikonzernglobalisierungs-Bewegung zusehends an Fahrt. Sie müht sich, sich zu einer politischen Kraft zu entwickeln - der einzig wirklichen - die sich dem religiösen Faschismus noch entgegenstellt. Und was die einstmals so schillernden Flaggschiffe der Konzernglobalisierung anbelangt - Enron, Bechtel, WorldCom, Arthur Anderson - an welchem Punkt waren sie letztes Jahr, und wo sind sie heute? Und da wir gerade hier in Brasilien sind: Wer war letztes Jahr euer Präsident... und wer ist es heute?

Und trotzdem... viele von uns werden sie kennen, jene dunklen Momente der Hoffnungslosigkeit und der Verzweiflung. Wir wissen nur all zu gut: unter dem sich vergrößernden Schutzdach des 'Kriegs gegen den Terror' sind die Männer in den feinen Anzügen emsig bei der Arbeit. Bomben regnen auf uns nieder, Cruise Missiles schwirren über das Firmament, aber gleichzeitig werden Verträge unterzeichnet, Patente angemeldet, Öl-Pipelines verlegt, natürliche Ressourcen geplündert, Wasser privatisiert, ist George Bush dabei, einen Krieg gegen den Irak zu planen. Wenn wir diesen Konflikt als einen direkten Auge-in-Auge-Kampf zwischen dem 'Empire' und denjenigen von uns, die dem 'Empire' Paroli bieten, begreifen, wird es den Anschein haben, als würden wir verlieren.

Aber man kann die Sache auch anders betrachten. Wir hier - wir alle, die wir hier versammelt sind -, belagern das 'Empire', jeder auf seine eigene Weise. **Wir haben es nicht geschafft, das 'Empire' zu stoppen - noch nicht - aber wir haben es bloßgestellt.** Wir haben es gezwungen, seine Maske fallen zu lassen. Wir haben es ins Offene gezerrt. Nun muss es sich auf der Weltbühne in seiner ganzen unsäglichen, brutalen Nacktheit präsentieren. Natürlich kann das 'Empire' nach wie vor Kriege starten - aber es ist bloßgestellt und so häßlich, dass es seinen eigenen Anblick nicht erträgt, so häßlich, dass es nicht mal mehr sein eigenes Volk mobilisieren kann. Wird nicht mehr lange dauern und auch die Mehrheit der Amerikaner ist auf unserer Seite. Erst wenige Tage ist es jetzt her, da marschierte eine 1/4 Million Menschen in Washington gegen den Krieg im Irak. Und Monat für Monat nimmt der Protest zu. Vor dem 11. September 2001 besaß Amerika eine geheimgehaltene Geschichte - geheimgehalten insbesondere vor dem eigenen Volk. Inzwischen sind Amerikas Geheimnisse Geschichte und seine Geschichte ist Teil des Allgemeinwissens. Die Leute sprechen auf offener Straße darüber. So ist uns beispielsweise klar: jedes Argument, das derzeit angeführt wird, um eine Eskalation des Kriegs gegen den Irak zu rechtfertigen, ist simple Lüge. Das **lächerlichste** Argument von allen ist allerdings die hingebungsvolle Verpflichtung der US-Regierung, **dem Irak die Demokratie zu bringen.** Menschen zu töten, um sie vor

Diktatur oder ideologischer Korrumpierung zu schützen, ist, wie wir ja alle wissen, ein altes Hobby von US-Regierungen. Sie hier in Lateinamerika wissen das am allerbesten.

Andererseits: niemand bezweifelt, Saddam Hussein ist ein gewissenloser Diktator, ein Mörder (dessen schlimmste Exzesse von der amerikanischen bzw. britischen Regierung unterstützt wurden). Sicher - die Irakis wären besser dran ohne ihn. **Aber schließlich wäre die Welt auch besser dran ohne einen Mr. Bush.** Nüchtern betrachtet ist der nämlich viel **gefährlicher als Saddam Hussein.** Sollten wir deswegen etwa Mr. Bush aus dem Weißen Haus hinausbomben? Alles deutet darauf hin: Bush ist entschlossen, einen Krieg gegen den Irak zu führen. Die wahren Fakten interessieren ihn nicht - ebenso wenig die Meinung der internationalen Öffentlichkeit.

In ihrem Bemühen, neue Verbündete zu rekrutieren, schrecken die USA auch nicht davor zurück, neue 'Fakten' zu erfinden. Die **Scharade mit den Waffeninspektoren** dient der US-Regierung dazu, eine perverse Form von internationaler Etikette zu wahren - im Grunde ist es aber nur eine schmählich beleidigende Konzession an die Etikette. Auf diese Art soll gewissermaßen das 'Hundetürchen' für last-minute-entschlossene 'Verbündete' bzw. womöglich auch für die UNO selber offengehalten werden. Sie sollen da hindurchkriechen. Aber ganz gleich wie und warum: der Neue Krieg gegen den Irak ist bereits in Gange.

Also, was können wir tun? Greifen wir doch einfach auf unsere Erfahrung zurück, lernen wir aus unserer eigenen Geschichte u. bearbeiten wir weiter die öffentliche Meinung - bis die zum ohrenbetäubenden Lärm anschwillt. Es liegt an uns, den Krieg gegen den Irak in eine Klarsichtfolie der Exzesse dieser US-Regierung zu verwandeln. Wir können George Bush, Tony Blair - und deren Verbündete - an den Pranger stellen. Schließlich sind sie feige Baby-Killer, Wasservergifter und hasenfüßige Fernbomber. Und wir können das Wort 'ziviler Ungehorsam' in Millionen Spielarten neu erfinden. Anders gesagt können wir Millionen neue Wege finden, diese Leute auf kollektive Art zu piesaken. Wenn George Bush uns nur die Wahl läßt: "Entweder, ihr seid auf unserer Seite oder auf der der Terroristen", dann antworten wir einfach mit "nein, danke".

Wir können ihm klarmachen, die Menschen der Welt halten gleichermaßen wenig von einer wildgewordenen Mickey Maus wie von den Verrückten Mullahs - wir brauchen uns nicht zu entscheiden. Unsere Strategie sollte sein: Das 'Empire' nicht einfach nur konfrontieren, es vielmehr richtiggehend **belagern.** Wir müssen es von seiner Sauerstoffzufuhr abschneiden. Wir müssen es erniedrigen und verhöhnern - mittels unserer Kunst, unserer Musik, unserer Literatur, unseres Trotzes, unserer Freude, unserer Genialität, unseres schieren **Beharrungsvermögens** und unserer Fähigkeit, eigene Geschichten zu erzählen - Geschichten, die etwas anderes aussagen, als was man uns ständig einzureden versucht. Und noch etwas: Die Revolution der Konzerne wird in sich zusammenbrechen - wenn wir uns weigern, zu kaufen, was sie uns andrehen wollen: ihre Ideen, ihre Version der Geschichte, ihre Kriege, ihre Waffen, ihr Unausweichlichkeitskonzept. Vergessen Sie niemals: Wir sind viele, die nur wenige. Ihre Abhängigkeit von uns ist größer als umgekehrt. Die 'Andere Welt' - sie ist nicht nur möglich, sondern schon unterwegs zu uns. An stillen Tagen höre ich sie bereits atmen. Arundhati Roy, Porto Alegre / Brasilien am 27. Jan. 2003.

[ Übersetzt von: Andrea Noll ]

## Der „Krieg ohne Grenzen“ im Zeitalter der Globalisierung des Kapitals

Vorab ist eine Anmerkung notwendig: Seit einem Jahr läuft eine Kampagne, in der behauptet wird, die Terroranschläge vom 11. September 2001 stünden für das Böse an sich. Es sollte jedoch über die eindeutige Verurteilung dieser Taten nicht vergessen werden, dass die Opfer der „neuen Weltordnung“ sich laut Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) jedes Jahr auf zig Millionen belaufen. Es sei außerdem daran erinnert, dass selbst zwei Autoren<sup>1</sup> des konservativen amerikanischen Nachrichtenmagazins *Foreign Affairs* im Hinblick auf hunderttausende Iraker, die seit Ende des Golfkriegs (1991) Opfer der Bombardements der amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte sowie des Embargos geworden sind, von „Massenvernichtungssanktionen“ sprachen.

### **Eine veränderte Dimension bei Entwicklungsprozessen, die bereits vor dem 11. September begonnen hatten**

Die Anschläge vom 11. September 2001 stellen unbestreitbar einen wichtigen Moment in der internationalen Lage dar. In ihrer Folge kam es, vor allem in den Vereinigten Staaten, zu einer teilweise bemerkenswerten Verstärkung von Tendenzen, die sich bereits in den neunziger Jahren abgezeichnet hatten. Die Erhöhung der Militärausgaben, die nach dem 11. September durch den Kongress beschlossen wurde, ist beträchtlich. Der nationale Verteidigungshaushalt (dazu gehören der Haushalt des Verteidigungsministeriums, der Etat für die Geheimdienste, der Etat für die Militärprogramme Energie und einige andere Militärprogramme) erhöht sich dadurch. Er betrug im Jahr 2001 304 Milliarden Dollar, 2002 351 Milliarden Dollar und wird 2003 396 Milliarden Dollar betragen. Bis 2007 sollen 470 Milliarden erreicht sein.

Diese Steigerung ist beachtlich. Sie verstärkt die substanzielle Erhöhung des Militärhaushalts (112 Milliarden Dollar über den Zeitraum von 1999 bis 2003), die die Clinton-Administration beschlossen

hatte. Eigentlich begann der **neue Steigerungszyklus** der Militärausgaben bereits **Ende der neunziger Jahre**. Dieser Zyklus beendete den Rückgang der Militärausgaben seit Anfang der neunziger Jahre, einen Rückgang, der selbst wiederum auf die jahrelange Reagansche Prasserei gefolgt war, in deren Verlauf die explodierenden Militärausgaben wesentlich zur Staatsverschuldung beigetragen hatten.

Trotz dieser Schwankungen des Verteidigungshaushalts seit zwei Jahrzehnten war **ein** Posten dieses Haushalts immer in relativ guter Verfassung, selbst auf dem Tiefpunkt Anfang der neunziger Jahre. Das waren die Ausgaben für militärtechnologische Innovation. Die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (R&D) betragen (in konstanten Dollar von 1981) im Jahr 1980 27,3 Milliarden Dollar, im Jahr 1987 52,4 Milliarden Dollar, im Jahr 1996 39 Milliarden Dollar und im Jahr 2002 (also vor den von der Bush-Administration beschlossenen Steigerungen) 47,5 Milliarden Dollar.

Im Laufe der neunziger Jahre erlebte der militärisch-industrielle Komplex in Amerika tiefgreifenden Veränderungen. Die **Konzentration der Verteidigungsindustrie** erreichte, nicht zuletzt auf Anregung des Pentagon hin, ein so hohes Maß, dass die fünf großen Rüstungskonzerne gegenwärtig mehr als 40 Prozent der Beschaffungsaufträge des Pentagon erhalten. Die Umstrukturierung der Rüstungsindustrie wurde unter **aktiver Mithilfe des Finanzkapitals** durchgeführt. Hier ist insbesondere die aktive Rolle der Beraterfirmen zu erwähnen, die die Grenzen der zu fusionierenden Aktivitäten so skizzierten, dass daraus dann bürokratische Einheiten mit niedriger Produktivität entstanden ... und ansehnliche Provisionen<sup>2</sup>. Die institutionellen Anleger (Pensions- und Investmentfonds) verstärkten außerdem ihre Kontrolle über die großen Rüstungsunternehmen.

<sup>1</sup> J. Mueller und K. Mueller, „Sanctions of Mass destruction“, *Foreign Affairs*, Bd. 78, Nr.3, Mai-Juni 1999.

<sup>2</sup> Vgl. meinen Beitrag „La régénération du système militaro-industriel américain au tournant du siècle“ in A. Peeters und D. Stokink (Hg.), *La mondialisation, comprendre pour agir*, Edition GRIP-Complexe, 2002.



Mit dem vorläufigen Ende dieser Umstrukturierungen (1997)<sup>3</sup> wurden die Strategien der Rüstungsunternehmen unter dem Einfluss der institutionellen Anleger und der Administration auf die **Schaffung von „Shareholder Value“** ausgerichtet. Das hatte zweierlei Konsequenzen: Einerseits beschleunigte sich wie in den anderen Industriebereichen der massive Abbau von Arbeitsplätzen, und andererseits wurden die Forderungen immer drängender, das Verteidigungsministerium, der wichtigste Kunde (sogar Exporte unterliegen seiner Zustimmung), solle seine Aufträge erhöhen. **Die von Clinton getroffenen Entscheidungen stellten die institutionellen Anleger zufrieden. Die Bush-Entscheidungen begeisterten sie.** Vom 11. September 2001 bis Ende August 2002 verlor der Wall-Street-Index S&P 500 (der die Kursentwicklung der 500 wichtigsten amerikanischen Werte misst) 20 Prozent (und der NASDAQ mehr als 60 Prozent). Gleichzeitig legten die Werte der Rüstungsunternehmen um durchschnittlich fast 10 Prozent zu<sup>4</sup>.

### **Die Entstehung eines militärischen und Sicherheitskomplexes...**

Untersuchungen gehen davon aus, dass wir mit der Vorbereitung auf die „**netzwerkgestützte Kriegführung**“ (network-centric warfare), wie der Begriff in amerikanischen Militärkreisen lautet, in eine neue Etappe bei der Integration von Waffensystemen eintreten. Die militärische Überlegenheit beruht künftig auf der Effizienz der Kommunikation, der Leistungsfähigkeit der IT-Werkzeuge, der Präzision der Lenkwaffen etc. Diese Form des Krieges bedient sich unbemannter Fluggeräte (Drohnen), deren Missionen künftig häufiger und vielfältiger sein werden als noch während des Krieges in Afghanistan. Das Konzept der Informationsüberlegenheit (Information Dominance<sup>5</sup>), das die strategischen amerikanischen

---

<sup>3</sup> Die gegenwärtig stattfindende Übernahme von TRW durch Northrop-Grumman für eine Summe von 7,8 Milliarden Dollar wird den neuen Rüstungskonzern zum drittgrößten Lieferanten des Pentagon machen.

<sup>4</sup> Einige Leitwerte erlebten sogar einen Höhenflug. Vom 10. September 2001 bis Ende Oktober 2001 legte Lockheed Martin 69% zu, Northrop Grumman 50% und Raytheon 46%. Boeing verlor 14%, was primär den Verfall der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens auf den zivilen Märkten gegenüber Airbus widerspiegelt.

<sup>5</sup> Die Informationsüberlegenheit wird in einem vom amerikanischen Generalstab veröffentlichten Dokument definiert als „die Fähigkeit, einen ununterbrochenen Fluss an Informationen zu sammeln, zu verarbeiten und zu verteilen und sie zu verwenden und dabei dem Gegner die Fähigkeit zu nehmen (...), das Gleiche zu tun“ [Joint Vision 2020]

Strategieexperten vorantreiben, ist eng mit diesem technologischen Wandel verknüpft. Aus technologischer Sicht beruhen die Effizienz dieser „Netzwerke“ und die Informationsüberlegenheit selbstverständlich auf einem noch intensiveren Gebrauch von **Informations- und Kommunikationstechnologien** (IKT). Das verleiht folglich jenen Rüstungskonzernen einen realen „Wettbewerbsvorteil“ bei den technologischen Entwicklungen im Hinblick auf eine Verbesserung der Sicherheit von IT-, Transport- und Telekommunikationsinfrastrukturen, deren militärische und zivile Komponenten in besonderem Maße integriert sind. Für die Rüstungskonzerne ist die „Sicherheit“ ein vielversprechender Tätigkeitsbereich, der über die Grenzen der Produktion von Waffensystemen hinausgeht. Also sind es diese Sicherheitsmärkte, deren Wachstum sich nach dem 11. September 2001 beschleunigen müsste. Die Einrichtung einer Behörde für innere Sicherheit (Office of Homeland Security), die übrigens bereits seit einigen Jahren geplant war, nimmt die Gesamtheit der Bundesministerien in Anspruch (einschließlich des Verteidigungsministeriums, aber auch der Haushalte der US-Bundesstaaten und der Städte sowie der Budgets der Unternehmen). Nach dem 11. September 2001 wird nicht nur der Pentagon diese Märkte massiv finanzieren, auch die Ausgaben des Privatsektors werden beträchtlich steigen. Laut einer amerikanischen Untersuchung betragen die privaten Ausgaben für die Sicherheit (Wachdienste, Sicherheitsprodukte und -zubehör) bereits 1999 40 Milliarden Dollar, ebenso viel, wie Bundesbehörden, US-Bundesstaaten und Städte für die Polizei ausgaben.

Für die großen Rüstungskonzerne gibt es noch einen weiteren Konsolidierungsfaktor in der Situation, wie sie nach dem 11. September 2001 geschaffen wurde. Der US-Kongress und die US-Bundesstaaten haben angefangen, die **Gesetzgebung** in Sicherheitsfragen deutlich auszubauen, was diesen Konzernen auf Grund ihrer engen Verbindungen und ihrer Zusammenarbeit mit den Vertretern der politischen Macht nur von Nutzen sein kann. Die zivilen IT-Konzerne werden sich sicherlich auf diesen Märkten positionieren<sup>6</sup>, aber die großen Verteidigungskonzerne bilden das Gerüst jenes „**militärischen und Sicherheitskomplexes**“, der zu Beginn dieses Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten entsteht. Die Rolle, die die Informations- und

---

<sup>6</sup> Wie viele andere auch hat etwa Cisco, eines der führenden Unternehmen auf dem zivilen Markt, eine Abteilung Verteidigung eingerichtet, siehe F. Tiboni, „Cisco Sees Market on Battlefield“, *Defense News*, 7-13 Januar 2002.

Kommunikationstechnologien bei der Militär- und Sicherheitsüberlegenheit spielen, der große Einfluss, den die Verteidigungskonzerne seit dem Zweiten Weltkrieg bei den Bundesbehörden und den Behörden der Bundesstaaten gewonnen haben, und die Erweiterung der „Agenda für innere Sicherheit“ weit über militärische Bedrohungen hinaus (siehe weiter unten) werden die Verankerung des „militärischen und Sicherheitskomplexes“ in der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft erleichtern und könnten ihm eine **noch viel größere Bedeutung** verleihen, als sie der „militärisch-industrielle Komplex“ während des jahrzehntelangen „Kalten Krieges“ hatte.

### **...im Kontext einer strukturellen Wirtschaftskrise**

Das starke Wachstum, das die Vereinigten Staaten im Laufe der neunziger Jahre verzeichneten, stand im Gegensatz zu dem, was sich in zahlreichen Regionen weltweit, insbesondere seit 1997, abspielte, und der (fälschlicherweise) so genannten „Asienkrise“. Afrika, Russland und ein Teil der Länder Mittel- und Osteuropas sowie Lateinamerika wurden der Reihe nach von der Krise heimgesucht. Die Vereinigten Staaten - und, in geringerem Maße, die Länder der Europäischen Union - sind die Einzigen, die ein kontinuierliches Wachstum verzeichnen konnten. Die sogenannte wirtschaftliche und finanzielle „Globalisierung“ erscheint immer offenkundiger als ein stark hierarchisierter Prozess, bei dem die USA und die Europäische Union die dominanten Regionen sind. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, sollte man sich klar machen, dass zwei Indikatoren, die als Maßstab für die Globalisierung der Wirtschaft gelten, grenzübergreifende Fusionen/Akquisitionen zwischen multinationalen Konzernen und Direktinvestitionen im Ausland, zu fast 70 Prozent zwischen den USA und der Europäischen Union stattfanden. **Die „Globalisierung“ ist in wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht weitgehend eine transatlantische Angelegenheit.** Tatsächlich ist die Globalisierung des Kapitals ein sehr ungleicher Prozess, der nichts zu tun hat mit irgendeinem generellen Fortschritt der Gesamtheit der Länder der Erde und einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Weltbevölkerung. Seit den neunziger Jahren hat sich der Dominanzbereich des Kapitalismus beträchtlich ausgeweitet, aber die Dominanz des Finanzkapitalismus hat, unterstützt durch eine neoliberale Politik, in zahlreichen Ländern und sogar Regionen einen massiven Raubbau an den Ressourcen nach sich gezogen. Das letzte, besonders aussagekräftige tragische Beispiel angesichts des Einwicklungsstands, den dieses Land erreicht hatte, betrifft Argentinien. Die verheerende Entwicklung,

die diese Land erleiden musste, ist das Ergebnis einer Politik, die von den internationalen Finanzinstitutionen bewusst betrieben wurde - zu Gunsten der Rentenmärkte (dank der horrenden Staatsverschuldung) und der großen multinationalen Konzerne (dank der Privatisierung/des Ausverkaufs öffentlicher Unternehmen). Die französischen (privaten und öffentlichen) Konzerne (France Télécom) haben sich begeistert am Kauf und an der Zerstückelung öffentlicher Unternehmen beteiligt, die von Beraterfirmen (seit Enron und anderen Affären weiß jeder, wie sie funktionieren) notorisch unterbewertet wurden.

Seit 1997 sind die amerikanischen Finanzplätze angesichts von immer mehr Chaos und Unsicherheit und einer strukturellen Wirtschaftskrise auf globaler Ebene zu einem „sicheren Hafen“ geworden und üben auf Anleger, die auf der Suche nach Sicherheit für ihre Finanzwerte sind, große Anziehungskraft aus. Außerdem konnten die Vereinigten Staaten eine Geldpolitik betreiben, die ausschließlich an den Inhabern von Finanzwerten ausgerichtet war. Die Geldpolitik war großzügig bei der Aufnahme von Krediten, die verwendet wurden, um den Kauf von Aktien und Obligationen zu finanzieren, und so den massiven Anstieg der Kurse an den Börsenmärkten förderten. Auf diese Weise trug der amerikanische Notenbankchef Alan Greenspan dazu bei, den „irrationalen Überschwang“ zu verschärfen, den er doch selbst 1996 angeprangert hatte.

Am 11. September 2001 befand sich die amerikanische Wirtschaft bereits in der Rezession. Die Illusion, die USA könnten sich dauerhaft aus der Krise heraushalten, platzte. Die **wirtschaftlichen Widersprüche der Globalisierung des Kapitals** machten an den Grenzen der USA nicht Halt. Die Finanzplätze erlebten starke Kursverluste (Einbruch der NASDAQ-Technologiewerte<sup>7</sup> und starker Kursrückgang an der Wall Street), und auch die Preziosen jenes Finanzkapitalismus, der auf dem „Shareholder Value“ und der Rendite aus der permanenten Verschuldung der Länder des Südens basierte, waren davon betroffen (Enron, World Com, die Unternehmensberatungen etc.). Heute ergeben Untersuchungen übereinstimmend, dass die Rendite von Kapitalinvestitionen in die industrielle Produktion in den USA tatsächlich bereits seit 1997 rückläufig war. Die Börseneuphorie und die kontinuierlich fließenden Kredite, die den Konsum der Verbraucherhaushalte stützten, die ausbleibenden Auswirkungen der „Asienkrise“ von 1997 und das Gefühl der Unverwundbarkeit im Anschluss an den

<sup>7</sup> Der Nasdaq Composite Index ist zwischen seinem „Peak“ im März 2000 und August 2002 um 75% gefallen.

in Serbien geführten Krieg konnten einige Jahre lang das Ausmaß der industriellen Überkapazitäten und die Widersprüche der amerikanischen Wirtschaft verdecken, deren Wachstum auf einem gigantischen Volumen an Krediten, innerer Verschuldung und Auslandschulden beruhte.

Man merkt jetzt (oder tut wenigstens so), dass das starke Wirtschaftswachstum in den USA seit 1993 weitgehend auf die immensen Vorteile zurückzuführen war, die dieses Land aus seiner Vormachtstellung zieht und aus der Verstärkung dieser Vormachtstellung nach dem Verschwinden der UDSSR. Nur die USA können es sich erlauben, seit achtzehn Jahren ein Handelsbilanzdefizit an Waren und Dienstleistungen<sup>8</sup> aufrechtzuerhalten und zusätzlich eine massive Staatsverschuldung aufzuweisen, deren Finanzierung noch dazu durch Kapitalflüsse aus einigen entwickelten Ländern und bestimmten Öl-Monarchien des Nahen Ostens<sup>9</sup> gewährleistet wird.

Mit der Krise, die die Vereinigten Staaten heute spüren, ist die Phase, die 1991 begann, zu Ende. Die neoliberale Politik und die Unfähigkeit des Kapitalismus der neunziger Jahre, sich zu „regulieren“, fordern von den Bevölkerungen einen ungeheueren Preis. Das Ausmaß wird in der Herangehensweise der USA und ihrer NATO-Verbündeten an die innere Sicherheit sichtbar.

## **Die Sicherheitsdoktrin der Vereinigten Staaten**

Die US-Regierungskreise haben das Verschwinden der UDSSR zur Kenntnis genommen, aber auch die Gefahren, die ihren Interessen und den Interessen der Finanzbourgeoisie von jenen drohen, die die neoliberale Ordnung nicht akzeptieren. Ihre Experten haben die „vitalen Interessen“ der Vereinigten Staaten definiert, also jene Interessen, die im Bedrohungsfalle eine Militärintervention erforderlich machen würden. Zu den im Programm für innere Sicherheit definierten „vitalen Interessen“ der USA gehört nicht nur das Recht, sich gegen nukleare, bakteriologische und chemische Bedrohungen zu verteidigen, sondern auch gegen Angriffe „auf die Aufrechterhaltung der Stabilität ihrer maßgeblichen globalen Systeme, d.h. der Wirtschafts-, Finanz-, Transport-, Energie- und Umweltnetzwerke“, wie es im Bericht der „Nationalen Kommission für die nationalen Interessen der USA“ heißt, bei der auch Condoleezza Rice zu finden war, die nationale Sicherheitsberaterin von Präsident George W. Bush.

<sup>8</sup> Die Auslandsschulden der USA betragen 1980 200 Milliarden Dollar, sie belaufen sich heute auf 2,700 Billionen Dollar.

<sup>9</sup> 1999 waren 40% der Staatsverschuldung in den Händen ausländischer Kreditgeber. Die wichtigsten ausländischen Gläubiger sind Asiaten (35%) und Europäer (20%).

(Das ist dasselbe Programm, für dessen Annahme die amerikanische Regierung beim NATO-Gipfel in Washington 1999 sorgte.) Das war ein klares Signal an all jene, die der „Aufrechterhaltung der Stabilität“ die Schuld an der neoliberalen Globalisierung gaben - besonders klar seit dem 11. September 2001 und den Versuchen, sozialen Widerstand zu kriminalisieren. Soll zum Beispiel die Weigerung eines Landes, weiterhin Zinsen für eine Staatsanleihe zu zahlen, die eine wahrhaft ewige Rente für das Finanzkapital darstellt, als Angriff auf die Interessen amerikanischer Anlagenfonds gelten und militärische Vergeltungsmaßnahmen rechtfertigen<sup>10</sup>?

Diese Doktrin, die bereits Ende der neunziger Jahre geplant wurde, hat in einem Dokument mit dem Titel „Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“, das die Bush-Administration am 17. September 2002 veröffentlichte, Gestalt angenommen. Die Veröffentlichung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem Krieg in Afghanistan, in einer Rezession und angesichts eines unkontrollierten Einbruchs der Börsenkurse macht daraus ein Manifest für die Vorgehensweise der USA in den kommenden Jahren. Von Anfang an steht das Dokument aus dem September 2002 unter der Flagge „des amerikanischen Internationalismus, [der triumphiert, nachdem] die militanten Visionen von Klasse, Nation, Rasse, die die Utopie versprochen (sic) und das Elend gebracht hatten, besiegt und diskreditiert sind“ (Seite 1)<sup>11</sup>.

In den Kommentaren zu diesem Dokument wurde berechtigterweise hervorgehoben, dass sich die USA das Recht nehmen, jedes Mal, wenn sie der Meinung sind, ihre Interessen seien bedroht, Präventivkriege zu führen. „Angriff ist die beste Verteidigung...“ (Seite 6) „Die Vereinigten Staaten behalten sich seit langem die Option vor, präventiv zu handeln... Um feindlichen Akten unserer Gegner zuvorzukommen oder sie zu verhindern, werden die Vereinigten Staaten, falls nötig, präventiv handeln“ (Seite 13). Viel weniger Beachtung fand die Definition der amerikanischen „Interessen“ und der präventiven Maßnahmen. Die präventiven Maßnahmen zur Begegnung der Bedrohungen, die von „Terrorismus und Chaos“ (Vorwort) ausgehen, zielen darauf ab, die „nicht verhandelbaren Werte der Menschenwürde“ durchzusetzen (Seite 3). Diese Werte sind „Frieden, Demokratie, freie Marktwirtschaft, freier Handel“ (Vorwort). Handelsfreiheit steht für mehr als nur die Wahl einer Wirtschaftspolitik: „Sie entwickelte sich zunächst als

<sup>10</sup> Vergl. zu den Entwicklungen dieser „neuen Dimensionen der nationalen Sicherheit“ Claude Serfati, *La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur*, Edition Textuel, Februar 2001.

<sup>11</sup> Die Angaben beziehen sich auf das vom Weißen Haus veröffentlichte Dokument.

ein moralisches Prinzip, bevor sie zu einem Pfeiler der Wirtschaft wurde“ (Seite 18). Die nationale Sicherheit der USA kann nur dann gewährleistet werden, wenn diese Prinzipien, einschließlich der Handelsfreiheit, wieder Gültigkeit erhalten, und dies überall auf der Welt (Seite 17). Ein ganzes Kapitel mit dem Titel „Förderung einer neuen Ära globalen Wirtschaftswachstums durch freie Märkte und freien Handel“ ist, abgesehen von zahlreichen Erwähnungen in anderen Teilen des Dokuments, Wirtschafts- und Finanzfragen gewidmet. Darin findet sich ein Wirtschaftsprogramm, das exakt die Begriffe aufnimmt, die von den internationalen Wirtschaftsinstitutionen verwendet werden. Um hier einige Beispiele zu nennen - das Dokument behandelt ordnungspolitische Maßnahmen zur Förderung unternehmerischer Initiativen, steuerpolitische Maßnahmen zur Senkung der Grenzsteuersätze, die Förderung starker Finanzmärkte, die Schaffung der Freihandelszone der Amerikas, die Durchsetzung internationaler oder bilateraler Handelsabkommen und die Durchsetzung von Gesetzen gegen ungerechte wirtschaftliche Praktiken<sup>12</sup> 17-20). Die Konsolidierung der NATO in Osteuropa zur selben Zeit, als diese Organisation den Krieg in Serbien führte, die Präsenz der USA im Kaukasus dank des Krieges in Afghanistan und die Verbreitung des Krieges im Irak bestätigen die wachsende Bedeutung von Kriegen bei der Verteidigung und Ausweitung der Interessen des amerikanischen Kapitals. Der amerikanische militärische und Sicherheitskomplex wird neue Waffensysteme für die Streitkräfte entwickeln. Da die Globalisierung des Kapitals immer mehr soziale Verwüstungen anrichtet, nimmt die Vorbereitung „urbaner Kriege“ (das ist der Ausdruck, den die Experten im Pentagon für solche Kriege verwenden, die von Soldaten mit äußerst hoch entwickelten Waffen geführt werden, die die Aktionen der Luftstreitkräfte weitermelden) einen wichtigen Platz in den Militärhaushalten ein. Da es sich darum handelt, Kriege gegen die Bevölkerungen immenser Ballungszentren in den Ländern des Südens und möglicherweise gegen die „gefährlichen Klassen“ in den Städten des Nordens zu führen - oder allgemeiner: gegen Bevölkerungen, deren sozialer Widerstand kriminalisiert wird -, bieten diese Programme **blendende Aussichten für den „militärischen und Sicherheitskomplex“**. Der Neoliberalismus brauchte einen bewaffneten Arm, und seine fatalen und unkontrollierten Folgen

<sup>12</sup> Ironischerweise und vielleicht bewusst zu einem Zeitpunkt, da sich die Enthüllungen über Betrugsfälle bei großen amerikanischen Konzernen häufen, unterstreicht dieses Kapitel, dass „kompromissloses Vorgehen gegen Korruption“ Priorität hat...

verstärken diese Notwendigkeit noch ein bisschen mehr.

## **Der militärische und Sicherheitskomplex und die „Finanzmärkte“**

Während des Krieges in Serbien (1999) schrieb die *Financial Times* über den Anstieg der Aktienkurse der Rüstungskonzerne an der Wall Street: „Es mag ein bisschen makaber erscheinen, nach den Nutznießern des Kosovo-Konflikts zu fragen, aber die Börsen sind nicht sentimental“<sup>13</sup>. Die „Märkte“ sind nicht sentimental, das konnte man während der neunziger Jahre feststellen, als die Begeisterung zu beobachten war, mit der sie die Ankündigung von Massenentlassungen bei etablierten Börsenunternehmen begrüßten.

Man muss hierbei betonen, dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld der USA sich seit 1999, als sich die amerikanische Wirtschaft trotz maßgeblicher Indikatoren des Gegenteils noch auf starkem Wachstumskurs befand, gründlich verändert hat. Heute verleiten die wirtschaftlichen Aussichten und die Erschütterungen des Finanzkapitalismus unmittelbar im Herzen des mächtigsten Landes der Erde die Börsen weniger denn je dazu, Gefühle zu zeigen.

Der Haushaltsplan, den Bush unmittelbar nach dem 11. September 2001 vorstellte, hatte nur begrenzte Ankurbelungswirkung und löste in keiner Weise das Problem der industriellen Überkapazitäten. Er führte im Gegenteil zu einer Rückkehr des Haushaltsdefizits und trieb die immense amerikanische Staatsverschuldung noch ein bisschen in die Höhe. Die Militärausgaben begeistern die Rüstungskonzerne, während die Obligationen und Staatsanleihen, die ausgegeben wurden, um das Programm der Bush-Administration zu finanzieren, den institutionellen Investoren lukrative Anlagemöglichkeiten zu einem geringen Risiko bieten, was man in der aktuellen Situation zu schätzen weiß. Man entdeckt jetzt wieder, dass öffentliche Schulden in Verbindung mit hohen Zinssätzen unverzichtbar sind, wenn es den Kreditgebern gut gehen soll<sup>14</sup>.

<sup>13</sup> Rubrik „Lex“ vom 12. April 1999.

<sup>14</sup> Diese Situation ist für die wohlhabendsten amerikanischen Haushalte doppelt befriedigend. Das von der Regierung vorgestellte Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft sieht beträchtliche Steuersenkungen für hohe Einkommen vor, die gemeinsam mit den Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes zum Defizit beitragen werden. Die besser gestellten Haushalte können so die dank der Steuererleichterungen gesparten Gelder investieren und sie dem Staat leihen, indem sie Staatsobligationen kaufen. Zur Erinnerung: Ein Prozent der Haushalte (jene mit den höchsten Einnahmen) wird von 31,3% der Steuererleichterungen profitieren, die der Bush-Plan vorsieht, während den 60% mit den niedrigsten Einkommen nur 16,5% dieser Steuererleichterungen zu gute kommen.

Gleichzeitig verschärfen der „Krieg ohne Grenzen“ und mit ihm die **Kriegswirtschaft**, in die die Bush-Administration ihr Land führt, das Klima der Unsicherheit und erschweren es auf diese Weise den Unternehmen, mittelfristige Investitionsprojekte auf den Weg zu bringen. Der zeitliche Horizont der Investoren schrumpft. Diese Situation regt die Finanzmärkte weniger denn je dazu an, Gefühle zu entwickeln. Der Finanzsektor weiß, dass Ende der neunziger Jahre ein **dauerhafter Steigerungszyklus** bei den Militärausgaben begonnen hat. Die Aussichten der Rüstungs- und Sicherheitsmärkte sind vielversprechend, und - um in der Sprache der Finanzbranche zu bleiben - die „Fundamentals“ der Rüstungskonzerne sind solide. Die Militärkredite sind für Programme bestimmt, die über mehrere Jahre, meist sogar über mehrere Jahrzehnte laufen, und nur selten werden solche Programme abgebrochen, wenn der Kongress sie erst einmal beschlossen hat. Die „Märkte“ binden den „Krieg ohne Grenzen“ nunmehr in ihre Perspektive ein. Sie sind übrigens nicht die Einzigen. Der Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF) Horst Köhler hat erklärt, ein kurzer Krieg mit dem Irak „*könnte einen positiven Effekt [auf die Weltwirtschaft] haben, weil die Situation dadurch geklärt würde*“<sup>15</sup>. Dass sich der Vertreter einer Institution, die im Prinzip wirtschaftlichen Problemen und in Realität der Verteidigung des Neoliberalismus und des Finanzkapitals gewidmet ist, für einen „kurzen Krieg“ ausspricht, sagt eine ganze Menge über die gegenwärtige Verflechtung von „Marktwirtschaft“ und Krieg. Der Krieg ist zweifellos positiv für die Ölindustrie<sup>16</sup> und noch besser für die Rüstungsindustrie und für die Eigentümer von Finanzkapital, an die der Staat sich wenden wird, um die zig Milliarden Dollar einzusammeln, um die der Krieg das Haushaltsdefizit erhöhen wird<sup>17</sup>. Der Wunsch, „die Märkte zu beruhigen“, ist ohne jeden Zweifel eines der Ziele der Bush-Administration. Es ist übrigens durchaus möglich, dass die Anleger in

---

15 Zitiert in A. Friedman, „IMF Chief sees upside of a short war in Irak“ (IWF-Chef sieht positive Seite eines kurzen Krieges im Irak), *International Herald Tribune*, 20/09/02.

16 Diese Tatsache verschweigt nicht einmal Vizepräsident Cheney, der selbst eine dominierende Figur der amerikanischen Netzwerke aus Politik und Ölindustrie ist. Siehe dazu den Bericht, den er im Mai 2001 für die National Energy Policy Development Group redigiert hat.

Der Leitartikler der Financial Times, Gerard Baker, beschäftigt sich mit den Argumenten jener, die den Krieg gegen den Irak ablehnen und erklären „in Wirklichkeit ist dies ein Krieg um Öl...“ Er schreibt: „Niemand weiß [doch] wirklich, welche Folgen ein Regimewechsel im Irak auf die weltweiten Ölmärkte haben würde... Und selbst wenn dies das Ziel der Regierung ist, ist es wirklich so eine schlechte Idee, wenn man das Angebot an der wichtigsten Energiequelle der Welt erhöhen will?“, 24 Oktober 2002.

17 Und auch das Wall Street Journal schreibt: „das beste Mittel gegen die aktuellen wirtschaftlichen Probleme besteht nicht in einer neuen Steuersenkung oder einem expansiven Haushaltsprogramm, sondern in einem siegreichen Krieg“ (30. Oktober 2002).

den entwickelten Ländern - im gegenwärtigen Klima absoluter Unsicherheit hinsichtlich der Perspektiven der Weltwirtschaft und angesichts der Tatsache, dass ein großer Teil der Erde in der Krise steckt - der Meinung sind, dass die USA mehr den je das Land bleiben, das ihnen am meisten Sicherheit für ihre Anlagen bietet. Eine schneller Krieg gegen den Irak würde sich also in einer verstärkten Attraktivität der amerikanischen Finanzplätze auswirken und zeitweilig den institutionellen Anlegern wieder neuen Mut geben.

Der Aufschwung der Börse würde nur eine kurze Weile halten. Die Steigerungen der Militärausgaben ziehen kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum auf globaler Ebene nach sich, nicht einmal in den Vereinigten Staaten. Der Krieg gegen den Irak birgt im Gegenteil das Risiko, einen fatalen Automatismus auszulösen. Dieser Krieg wird das Chaos weiter vergrößern, und die neue Strategie „präemptiver Kriege“ der US-Regierung macht deutlich, dass es noch weitere Kriege geben wird. Im Kontext einer strukturellen Wirtschaftskrise werden die „Märkte“ sich sicherlich keine Gefühle leisten. Sie werden jene Konzerne höher bewerten, die mit dem militärischen und Sicherheitskomplex verbunden sind und bei denen die „Schaffung des Shareholder Value“ in hohem Maße von der Höhe des Verteidigungshaushalts und der Ausgaben für die „nationale Sicherheit“ abhängt.

### **Der Platz der USA in der Welt**

Der „Krieg ohne Grenzen“, den Bush angekündigt hat und führt, signalisiert eine Zunahme des imperialistischen Verhaltens der USA. Sie nehmen sich das Recht heraus, zu intervenieren, wann und wo es ihrer Meinung nach um ihre - bereits erwähnten - „vitalen“ Interessen geht.

Die Militärintervention zur Verteidigung „vitaler Interessen“ der USA gibt es jedoch nicht erst seit der Wahl von George W. Bush. Die neunziger Jahre hatten bereits ein Verhalten gezeigt, das im Gegensatz zu dem vorgeblichen „Isolationismus“ stand. Laut einer vom amerikanischen Kongress veröffentlichten Untersuchung haben die amerikanischen Streitkräfte im Laufe der „Clinton-Jahre“ 90-99 mehr Einsätze außerhalb ihrer Grenzen durchgeführt als während der Jahre 45-90. Mehr als 15 Prozent aller US-Soldaten sind heute in weltweit 725 Militärbasen stationiert, von denen 17 absolut autonom einsatzfähig sind. Am Vortag der Anschläge (am 10. September 2001) „führten laut Angaben des Verteidigungsministeriums mehr als 60 000 amerikanische Militärangehörige Operationen und Übungen in etwa 100 Ländern durch“<sup>18</sup>. Der

---

18 Los Angeles Times, 6. Januar 2002.

Rückzug der USA aus zahlreichen internationalen Abkommen und Verträgen bedeutet also keine Rückkehr zum Isolationismus, er entspricht vielmehr der Vormachtstellung der USA und dem Wunsch von Teilen der vorherrschenden Klassen der USA, daraus maximalen Nutzen zu ziehen. Seit dem 11. September 2001 ist es Ziel der Bush-Administration, die Rolle der USA als „**ultimativer Weltpolizist**“ um die des „**präventiven Angreifers**“ zu erweitern.

Die Auswirkungen der Globalisierung haben den Begriff des „Imperialismus“ wieder aufleben lassen, nicht so sehr bei den radikalen Autoren, wie man hätte meinen können, sondern in den „konservativen“ Kreisen, insbesondere in der Finanzpresse (Financial Times, Wall Street Journal). Robert Cooper, Tony Blairs Berater in diplomatischen Fragen, leistete ebenfalls seinen Beitrag. Seine These lautet im Prinzip, das Chaos, das sich in zahlreichen Regionen der Welt entwickelt, verlange von den großen entwickelten (und zivilisierten) Ländern die Rückkehr zu „liberalen“ Formen des Imperialismus, etwa durch die Schaffung von Protektoraten. Die Bezeichnung Imperialismus verweist unvermeidlich auf die Debatten, die Anfang des 20. Jahrhunderts stattfanden, in einer Zeit, die diverse Wirtschaftshistoriker in der Tat als „erste Globalisierung“ bezeichnen.

Zweifellos gibt es wesentliche Unterschiede zwischen der aktuellen Situation und jener, die Anfang des 20. Jahrhunderts bestand. Ein großer Unterschied besteht insbesondere in der Kluft zwischen der militärischen Macht der USA und der anderen entwickelten Länder, die es ausschließt, dass sich Wirtschafts- und Handelskonflikte zwischen Ländern der transatlantischen Zone in militärische Konfrontationen verwandeln. Es wäre jedoch falsch, die **Verantwortung der anderen Großmächte** für das Schicksal, das die neoliberale Globalisierung den Völkern beschert hat, zu vergessen. Hier in Frankreich wird man kaum umhinkommen, auf die Bedeutung hinzuweisen, die Afrika für die Wirtschaft und die Politik unseres Landes hatte und immer noch hat. Jean-Pierre Cot, der in der Regierung Mauroy kurzzeitig Minister für Zusammenarbeit war, weist auf die entsetzlichen Bedingungen hin, unter denen die Völker der Region der Großen Seen bis Ende der neunziger Jahre (und nicht nur unter der Kolonisation) lebten. Er sieht die Ursache im Raubbau der Bodenschätze und des Erdöls und lastet die Verantwortung dafür der nachhaltigen Wirkungsweise der französischen Netzwerke aus

Politik und Finanzen an, die sich seit den fünfziger Jahren gebildet hatten<sup>19</sup>.

Die USA haben weder die Möglichkeit noch den Wunsch, die „globale Unordnung“ allein aufzuräumen, und die NATO bleibt weiterhin als „bewaffneter Arm der Globalisierung“ notwendig. Sicherlich liegen die Länder der Europäischen Union bei den Militärausgaben deutlich hinter den USA, aber sie entsprechen dennoch fast 30 Prozent der weltweiten Ausgaben (die NATO-Länder haben im Jahr 2000 mehr als zwei Drittel der weltweiten Militärausgaben getätigt). Die Erhöhung der Militärhaushalte der Länder der Europäischen Union, die notwendig ist, um die NATO zu verstärken, wird von Seiten der US-Administration hartnäckig gefordert, aber auch in Europa im Hinblick auf den Aufbau einer europäischen Verteidigung. Die „Wahl“, die man den Bevölkerungen der Europäischen Union aufdrängen will, lautet also: Entweder muss der Militäretat erhöht werden, damit die Europäische Union eine aktivere Rolle bei den von der NATO durchgeführten Operationen spielen kann, **oder** der Militäretat muss erhöht werden, damit die Europäische Union eine von den USA unabhängigen Position beziehen kann. Seit Ende 2001 haben die Länder der EU Erhöhungen ihrer Militärhaushalte beschlossen, die teilweise (wie etwa in Frankreich<sup>20</sup>) beträchtlich sind, und dies zu einem Zeitpunkt, da die neoliberale Politik und das vorgebliche „weniger Staat“ in Frankreich und in den anderen europäischen Ländern zu Steuererleichterungen für die Wohlhabenden und zu Kürzungen im Sozialhaushalt oder bei den Ausgaben zum Wohl der Gemeinschaft führen. Die Debatte über die so verschleuderten Ressourcen und ihre Verwendung für die dringendsten sozialen Erfordernisse betrifft alle Bürger. Sie ist eng verknüpft mit dem Denken und Handeln für eine andere Welt als jene, die uns ein von Neoliberalismus und Militarismus dominierter Kapitalismus aufdrängt.

Übersetzung : Karin Ayche, [cooridtrad@attac.org](mailto:cooridtrad@attac.org), ehrenamtliche Übersetzer

19 „La coopération franco-africaine en échec“, Le Monde diplomatique, Januar 2001.

20 Das Militärplanungsgesetz 2003-2008 sieht eine Erhöhung der Investitionskredite (vor allem die Produktion von Waffen) von 5,5 Milliarden Euro vor.